

Not abwenden, ohne noch größere Not zu erzeugen!

Der Staat hätte in der Coronakrise die Kreativität von Unternehmern gut gebrauchen können. Das verordnete wirtschaftliche Koma war allein schon deshalb komplett falsch. Demokratie und Marktwirtschaft oder Bevormundung und Sozialismus: Führt die Krise zum totalitären Sozialismus?

Da werden nun schon tröstend zu den Auswirkungen der Coronakrise, die zu einer schweren Wirtschaftskrise wird, Joseph A. Schumpeters Worte von der *Creative destruction* zitiert: Der weitgehende wirtschaftlichen Stillstand werde dazu führen, daß Unternehmen und Branchen, die ohnehin geschwächt sind und kein Entwicklungspotential haben, halt nicht überleben und Platz für Neues machen.

Grundlegender kann man die derzeitige wirtschaftliche und politische Situation wohl nicht verkennen. Und die langjährige Fehlinterpretation von Schumpeters Buch **Capitalism, Socialism and Democracy** (New York 1942; gekürzte und teilweise verfälschende Übersetzung zuerst deutsch: Bern 1946) erreicht so wohl einen neuen Höhepunkt.

Natürliche Einflüsse auf die Wirtschaft

Ja, die Natur – und bei einem Virus handelt es sich um Natur, was man immer über die Ursachen, die zu dieser gefährlichen Mutation und deren Verbreitung geführt haben, annehmen oder in Erfahrung bringen mag – kann sich sehr negativ und zerstörend auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das kam in der Geschichte der Menschheit oft vor und von den wohl meisten zerstörten Gesellschaften wissen wir nicht mal, daß es sie gegeben hat.

Naturzerstörungen gibt es auch heute noch in unterschiedlichster Art und das wird es wohl immer geben (Auch wenn Linke dazu neigen, die Natur – angefangen beim natürlichen Unterschied von Mann und Frau – zu leugnen und behaupten, man könne das Wetter auf ein Grad genau beeinflussen). Das Problem ist aber nicht der Naturprozeß an sich, so katastrophal das für die von Dürre, Erdbeben, Kälteeinbrüchen, Krankheiten, Stürmen, Überschwemmungen, Vulkanausbrüchen, ... Betroffenen auch sein mag. Der Natur vorschreiben zu wollen, wie sie sich zu verhalten hat, kommt nicht nur mir **extrem gewagt** vor. Das Problem ist stets die Art und Weise, wie die regierenden Politiker mit unvorhersehbaren Ereignissen umgehen. Natürlich erwartet man, daß bei Gefahr die Politik dazu beiträgt, die Not zu wenden, aber eben ohne eine noch größere Not zu erzeugen. **Es lohnt sich, da einen Blick in die Vergangenheit zu werfen.**

Die bei Ausbruch der Corona-Epidemie in China zu realisierende enorm hohe Ansteckungsgefahr erforderte notwendig Schutzmaßnahmen. Reisen aus den verseuchten Gebieten und in diese hinein strikt zu unterbinden wäre eine sofort gleichsam zwangsweise zu treffende politische Entscheidung gewesen mit unvermeidbaren wirtschaftlichen Auswirkungen auf Import- und Exportlieferungen, auf die Reisebranche und den Tourismus. Das kann für viele Unternehmen zerstörerisch sein. Was ist daran kreativ?

Inzwischen gibt es Erkenntnisse, daß die weltweite Verbreitung des Coronavirus auf eine Fehlentscheidung der Regierungen zurückgeht. **Forscher der University of Arizona** konnten mit Vergleichen der leicht differierenden viralen RNA-Sequenzen des Covid-19-Virus nachweisen, daß die Weiterverbreitung der von Reisenden aus China eingeschleppten Krankheit zunächst verhindert werden konnte. Wider besseres Wissen stoppte man aber dann nicht alle Einreisen aus China und so wurde der Virus vor allem über Norditalien und New York welt-

weit verbreitet. Die Pandemie geht auf ein weltweites Versagen der Regierungen zurück. Länder, die ihre Grenzen schlossen, wie z.B. Tschechien, blieben zunächst von der Pandemie verschont. Nachdem das Virus aber weltweit verstreut ist, ist es nicht mehr einzufangen und so sind schließlich auch diese Länder von der Krankheit betroffen. Es ist nicht das Virus, sondern das Regierungshandeln zerstörerisch!

Merkel weigerte sich, Reiseverkehr einzuschränken

Wie haben die Regierungen mehrheitlich – man schaue vor allem auf unsere deutsche – gehandelt? Sie haben zunächst anscheinend entgegen den Berichten ihrer eigenen Geheimdienste den offiziellen chinesischen Darstellungen und den abwiegelnden Äußerungen der WHO geglaubt, daß China „keine Epidemie der Lungenentzündungen“ habe. Dabei weiß man, daß die China-Kommunisten Probleme im Lande soweit als möglich zu leugnen pflegen. Auch deutsche Virologen, die zu den Star-Beratern der Regierung aufstiegen – Christian Drosten und Lothar Wieler – sandten zunächst beruhigende Botschaften: Die Krankheit verlaufe meist harmlos, die Ansteckungsgefahr sei „derzeit gering“ (letzterer Ende Januar im ZDF) und sie ist „wie eine schwere Grippewelle“ (derselbe Mitte Februar).

Die Meldung von dpa vom 31. Dezember, daß es in China eine neue „mysteriöse Lungenkrankheit“ gibt, wurde kaum beachtet. Staatliche chinesische Stellen erklärten: Es sei kein erneuter Ausbruch der berüchtigten Sars-Krankheit, „andere schwere Lungenentzündungen sind eher wahrscheinlich.“ Der Bundesnachrichtendienst wußte es da schon – wie man erst viel später erfuhr – besser. Am 6. Januar wies der Medizinische Dienst der Lufthansa auf eine neuartige Krankheit in China hin. Zwei Tage später räumten chinesische Behörden ein, es handele sich um einen neuartigen Coronavirus, betonten aber zugleich, es gäbe keine Mensch-zu-Mensch-Übertragung. Und so verschickte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) am 9. Januar einen Bericht, in dem das Risiko für Reisende als „gering“ eingeschätzt wurde. Am 20. Januar teilte China über seine Nachrichtenagentur der Welt offiziell mit, daß in Wuhan eine sich schnell ausbreitende gefährliche Krankheit ausgebrochen ist. In der Nacht vom 22. zum 23. Januar wurde die Stadt vollständig von der Außenwelt abgeriegelt. In Europa und in Deutschland reagierte man anscheinend nicht. Am Vortage hatte Bundeskanzlerin Merkel mit dem chinesischen Staatschef, der sich bereits öffentlich zu der Seuche geäußert hatte, telefoniert. Man habe über „den Stand der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen“ und über „internationale Handelsfragen“ gesprochen. Welche Informationen sie zu dem Krankheitsausbruch ausgetauscht haben, ist unklar. Dazu verlautete nur von chinesischer Seite ein Selbstlob: Die Kanzlerin hätte „Chinas Bemühungen“ gewürdigt, „die Ausbreitung der ansteckenden Krankheit rechtzeitig einzudämmen“ und „Pekings Offenheit und Transparenz bei der internationalen Zusammenarbeit“ hervorgehoben.

Am 27. Januar hatten zwei nach Deutschland eingereiste chinesische Mitarbeiter der renommierten Firma Webasto andere Mitarbeiter bei einer Konferenz mit dem Virus angesteckt. Oberärztin Frau Dr. Rothe, stellvertretende Leiterin der Abteilung für Infektions- und Tropenmedizin am LMU-Klinikum in München, die die Erkrankten behandelte, identifizierte den Erreger Sars-CoV-2 und schlußfolgerte, mit dem Erreger könnten offensichtlich infizierte Personen, obwohl sie selbst keinerlei Krankheitssymptome zeigten, andere anstecken. Das wurde auch von ihr gemeinsam mit zahlreichen Kollegen am 30. Januar [publiziert](#). Das Robert-Koch-Institut in Berlin (RKI) war gemeinsam mit den bayrischen Gesundheitsbehörden zum gleichen Ergebnis gekommen, hatte dies aber noch nicht publiziert, zeigte sich „[sehr verärgert](#)“ und behauptete nun entgegen seinen eigenen Ergebnissen, das Risiko, von einer symptomfreien Person angesteckt zu werden, sei äußerst gering bis nicht-existent. An das Fachmagazin *Science* ging ein [Brief des RKI](#), das daraufhin den Text von Frau Rothe und

Kollegen als fehlerhaft bewertete. Dem folgend behaupteten noch zwei Monate lang Politiker, nationale Gesundheitsbehörden und die WHO weiterhin, das Virus sei ungefährlich.

Es verbreitete sich weiter von einem Land zum anderen. „Für übertriebene Sorge gibt es keinen Grund“, sagte Bundesgesundheitsminister Spahn am 28. Januar der BILD-Zeitung. Und bei einer Pressekonferenz: „Das Einzige“, das ihn beunruhige, seien aufkommende Verschwörungstheorien. Unmittelbar nachdem klar war, daß sich das Virus bei Großveranstaltungen verbreitet und die Karnevalsfeierlichkeiten in Venedig abgebrochen wurden, plädierte Frau Merkel beim Jahresempfang in Stralsund noch für „Maß und Mitte“. Am 30. Januar verkündet die WHO den internationalen Gesundheitsnotstand.¹ Die Bundesregierung blieb zunächst bei ihrer Position, das Virus sei ungefährlich und nicht hochansteckend. Selbst als am 4. März Island informierte, daß aus dem Urlaub in Österreich Infizierte zurückkommen, Norwegen am 8. März Alarm schlug, Dänemark am 10. März Flugeinreisen stoppte, blieb die deutsche Regierung tatenlos.²

Ab Ende Januar wurde aber der Luftverkehr von und nach China eingestellt. Bereits am 31. Januar ordnete US-Präsident Trump einen Einreisestopp für Chinesen an. Dagegen sagte die Bundeskanzlerin noch am 11. März, Grenzschließungen seien keine adäquate Antwort.

Man war in Deutschland offensichtlich auf die Pandemie nicht vorbereitet.

Die sogenannte Schutzkommission im Bundesinnenministerium, die an Pandemieplänen arbeitete, war 2015 aufgelöst worden, weil sie der Regierung zu kritisch und unbequem geworden war. Die Risikoanalyse „Pandemie“, die 2012 erarbeitet worden war, findet keine Beachtung. „Im Januar 2020 wurde versäumt, sich intensiv mit dem Virus in China auseinanderzusetzen, im Februar wurde unterlassen, Maßnahmen gegen eine Pandemie vorzubereiten und im März hat man darauf verzichtet, eine [sic!] aussagekräftige Daten für eine belastbare Gefahrenanalyse und -bewertung zusammen zu tragen.“³

Es gilt Merkels Dogma von 2015, man könne die deutschen Grenzen nicht schützen. So wurde die „Coronakrise“ mit diesem Dogma nach Deutschland geholt. Man hätte nur die fertigen Einsatzpläne zur Grenzschließung 2015 umsetzen müssen, um 2020 die Ausbreitung des Coronavirus nach Deutschland zu verhindern. Aber das hätte bedeutet, einzugestehen, daß man die deutschen Grenzen doch schützen kann und daß die „Flüchtlingspolitik“ seit 2015 falsch ist. Wie seit 2015 die Folgen der unkontrollierten Immigration auf die Ausländerbehörden, Kommunen und Sozialkassen abgeladen werden, läßt die Bundesregierung ihre falsche Coronapolitik auf die Bundesländer, Gesundheitsämter und Sozialkassen ab. Am Ende müssen alles die (immer weniger werdenden) Steuerzahler finanzieren. Man verleumdet nun die Kritiker der Regierung als „Coronaleugner“, wie man die Kritiker der „Flüchtlingspolitik“ als „Ausländerhasser“ verleumdet. Man versucht Andersdenkende mundtot zu machen, sozial zu isolieren und in ihrer bürgerlichen Existenz zu vernichten, was man bislang nur von übelsten Diktaturen kannte.

Man muß schon sehr zynisch sein, um das kreativ zu nennen!⁴

Kreative Zerstörung nach Tiefschlaf der Regierung?

Dann die Totalwende: Die von der Regierung bevorzugten Experten erklärten nun das genaue Gegenteil, wie bisher, und warnten und warnen weiter emsig vor einer enormen Ansteckungsgefahr. Am 15. März wurden einige Grenzkontrollen angeordnet, am 16. März Schulen und Kindertagesstätten geschlossen und öffentliche Veranstaltungen abgesagt.⁵ Die Epidemie hatte sich in Italien katastrophal ausgebreitet und dort war das Gesundheitssystem faktisch kollabiert.⁶ Am 23. März ordnete die Politik den *Shutdown* der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens an. Wo blieb da „Maß und Mitte“? Wie ist diese Totalwende zu erklären? Erst *business as usual* – dann fast kein *business* mehr!

Im Bundesinnenministerium war eilends ein [geheimes Strategiepapier](#) erarbeitet worden, das betonte, man müsse mit drastischer Darstellung der gesundheitlichen Folgen einer Infektion eine „gewünschte Schockwirkung“ erreichen, damit die Bürger die weitgehende Einstellung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens akzeptierten. Es gibt in diesem Papier zwar einen Abschnitt zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Epidemie, darin aber nur pauschale Überlegungen und keinen Ansatz, wie man mit differenzierten Maßnahmen regional und branchenspezifisch erreichen kann, daß die wirtschaftliche Tätigkeit möglichst wenig eingeschränkt wird.⁷ Man orientierte im Gegenteil auf einen undifferenzierten bundesweiten Wirtschaftsstillstand mit „Ausgangsbeschränkungen ab dem 16. März⁸, Schulschließungen, Mobilitätseinschränkungen, Geschäftsschließungen, Büro- und Produktionsschließungen etc. eingeleitet durch Versammlungsverbote etc.“⁹ über sechs Wochen (Szenario 1) bis zu vier Monaten (Szenario 3) und länger (Szenario 4). Eine öffentliche Debatte über Sinn und Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen soll so offensichtlich vermieden werden, die angemahnt wurde mit der Frage, [„Sollen Bürger ihre beruflichen Existenzen aufs Spiel setzen?“](#)

Mit massiver Angst-Propaganda – die WeLT nannte sie [„die Methode Lauterbach“](#), man könnte aber auch meinen, das sei eine [„Methode Merkel“](#)¹⁰ – vor allem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens ist es gelungen, diese Debatte weitgehend zu verhindern und die Fragen nach den wirtschaftlichen Folgen der Regierungsmaßnahmen beiseitezuschieben. [„Unser Hauptproblem ist die Angst, nicht das Virus“](#) und [die Politiker haben die Lust am Verboten entdeckt](#). Exakt ab dem Zeitpunkt der panikartigen Totalwende der Regierung in der zweiten Märzwoche brachten bis in den Juni hinein die öffentlich-rechtlichen Programme ARD und ZDF nahezu täglich nach der Hauptnachrichtensendung am Abend je eine Sondersendung (ARD Extra bis zum 18.06.2020 51 Sendungen; ZDF Spezial innerhalb von 15 Wochen 42 Sendungen) zum Coronavirus, die [„eine hyperbolische Krisenrhetorik“](#) verbreiten. In diesen Sondersendungen wie auch in vielen nicht-staatlichen Medien wird „eine Identität von Virus und Maßnahmen inszeniert, wodurch die Maßnahmen als genauso ›natürlich‹ und in gewisser Hinsicht unhinterfragbar wie das Virus selbst erscheinen. [...] Die gesellschaftlichen Akteure werden dabei [im Staatsfernsehen] durchgängig als machtlos gegenüber den staatlichen Maßnahmen identifiziert, ihnen bleibt nichts, als diese zu erdulden. [...] Für Kritik [ist] von vornherein ein fixer Platz in der Sendungsstruktur vorgesehen, der letztlich auch der rhetorischen Legitimation der Maßnahmen zuträglich ist.“¹¹ Faktisch wird so die Kritik an allen staatlichen Maßnahmen „mit Verweis auf ›höhere‹, universelle und eben einzelfallübergreifende gesellschaftliche Zwecke ausgehebelt [...], andere Sichtweisen als die eigene [werden] nicht zugelassen“¹². Diese Delegitimierung jeglicher Kritik an den Entscheidungen und Handlungen der deutschen Regierung dominiert insbesondere seit der Flüchtlingskrise 2015 die deutschen Leitmedien.

Die Folgen für die freie Meinungsäußerung und öffentliche Meinungsbildung sind gravierend: „Wenn man schaut, wer überhaupt öffentlich Kritik an den Corona-Maßnahmen übt, findet man fast ausschließlich Persönlichkeiten, die entweder pensioniert sind wie beispielsweise Wolfgang Wodarg oder Sucharit Bhakdi oder die kurz vor der Pensionierung stehen wie Klaus Püschel und ich. Das hat seinen Grund, wie ich aus zahlreichen Zuschriften etwa von Klinikdirektoren weiß, die mich in meiner Kritik an den unverhältnismäßigen Beschränkungen bestärken und zugleich bedauern, mich nicht öffentlich unterstützen zu können, da sie als Mittvierziger ihre Karriere nicht beschädigen wollen. Es gibt einen großen latenten Widerstand, der aus Furcht vor Repressionen schweigt. Das hatten wir in der deutschen Geschichte leider schon einmal. [...] Die Regierungen und leider auch Teile der Wissenschaft haben das Leitbild evidenzbasierter Politik aufgegeben und schüren im Wechselspiel mit vielen Medien eine unbegreifliche Hysterie.“¹³ Selbst sehr linken Medien, die sich sonst für planwirtschaftli-

che Staatsregulierung und fürsorgliche Politik einsetzen, geht das zu weit: „Schon jetzt ist klar, dass die vergangenen Monate das Verhältnis von Staat und Bürgern nachhaltig verändert haben. Denn die Behörden greifen nicht nur in die Gesichter der Menschen, sondern auch in private Lebensbereiche ein. Die Grenzen werden dabei immer weiter verschoben und machen auch nicht vor den eigenen vier Wänden der Bürger halt, wie Anfang August bekannt gewordene Schreiben von Gesundheitsämtern zeigen. Darin werden Eltern unter Androhung der Inobhutnahme durch das Jugendamt zur räumlichen Isolierung ihrer möglicherweise coronainfizierten Kinder innerhalb des eigenen Haushalts aufgefordert. Wer in Berlin eine Geburtstagsfeier mit mehr als 50 Personen plant, sieht sich neuerdings mit vierseitigen Hygienerichtlinien konfrontiert, die nicht nur die Art der Handreinigung auf den Toiletten festlegen (Flüssigseife!), sondern auch eine Spülmaschine zur Reinigung des Geschirrs fordern. Die Beispiele erscheinen banal, die Tendenz in Richtung eines paternalistischen Fürsorgestaats aber ist fatal.“¹⁴

Es ist auch bemerkenswert, daß Verlautbarungen der Regierungsvertreter einen Mangel an Empathie mit der von den Maßnahmen betroffenen Bevölkerung zeigen. Ein Kommentator schrieb, „was mich bis ins Mark erschüttert, ist das seltsame Fehlen normaler menschlicher Gefühlsregungen bei ihren öffentlichen Auftritten. Im Angesicht von großer Unsicherheit sollte man doch in der täglichen Kommunikation mit seinen Mitmenschen annehmen, dass es ein gewisses Eingeständnis der Möglichkeit gibt, falsch zu liegen, Fehler zu machen, nicht alles zu wissen, die Grenzen des eigenen Wissens bei den eigenen Entscheidungen einzuziehen oder auf das mit dem schwierigen Regierungshandeln verursachte Leid einzugehen.“¹⁵ Eine Studie von Psychologen der Universität Gießen und der Medical School Hamburg hat die emotionale Verarbeitung des *Lockdowns* untersucht und stellte fest, daß rund die Hälfte der Befragten Symptome psychischer Erkrankung hätten: „Außer depressiven Zuständen traten besonders häufig starke Gesundheitsangst, Panikattacken und Zwangssymptome wie ständiges Händewaschen auf. Die Furcht vor Ansteckung war dabei oft mit einem sozialen Rückzug verbunden, der über die Einhaltung der angeordneten Kontaktbeschränkungen weit hinausging.“¹⁶

Der Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson, der schon im Januar vor dem Coronavirus gewarnt hatte, hält den *Lockdown* für die Folge vielfachen staatlichen Versagens. Die dann ausgeschütteten Hilfsmilliarden könnten zu einer allgemeinen [Inflation](#) führen.

Gravierender als soziologisch-psychologischen Folgen fehlerhaften Regierungshandelns sind manifeste wirtschaftliche Schäden: Inzwischen schätzt McKinsey, daß das Bruttoinlandprodukt Deutschlands infolgedessen um 25 Prozent schrumpft, konkret um 5 Milliarden Euro in jeder Woche des Wirtschaftsstillstands. Der Volkswirtschafts-Professor Jens Südekum rechnet sogar mit 35 Milliarden Euro Verlust pro Woche, das sind 5 Milliarden pro Tag. Aussagekräftiger als solche Schätzungen ist wohl die inzwischen vorliegende Tatsachenfeststellung: Im Juni gingen die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 19 Prozent zurück, meldete das Bundesfinanzministeriums im neuesten Monatsbericht. [Da hilft auch keine EU.](#)

Wie ist zu erklären, daß in fast allen Ländern die Politiker den Stillstand anordneten und damit eine schwere Wirtschaftskrise riskieren? Man wird das wohl nicht darauf zurückführen können, daß die Politik die falschen Berater konsultiert hat¹⁷, obwohl: Es ist schon merkwürdig, daß Virologen, die gewöhnlich in Labors mit Petrischale, Reagenzglas und Pipette arbeiten und Tierversuche machen, als entscheidende Sachverständige herangezogen werden, wenn es um die Frage geht, wie sich eine Epidemie in unterschiedlichen Gesellschaften verbreitet, die natürlich ihre je speziellen, kulturell geprägten Umgangsformen haben.¹⁸ [„Wenn Virologen wie Popstars durch die Medien gereicht werden, um die politischen Entscheidungen zu erklären, dann stimmt da etwas in der Aufgabenverteilung nicht mehr.“](#)

[Lothar W. Pawliczak](#) Coronazerstörung 20.09.2020

Deutschland ist gewiß anders als Italien oder Spanien oder Japan oder Taiwan. Ist der Eindruck falsch, daß die Journalisten in den deutschen Leitmedien sich nicht darum bemühen, die Eigenheiten anderer Länder und Kulturen zu verstehen und zu akzeptieren und über sie mit der Attitüde deutscher Besserwisserei urteilen? Könnte es sein, daß unsere Politiker denen aus Angst vor Medienkritik folgen? Wären zu einer Pandemie nicht vorrangig Epidemiologen und Soziologen zu befragen? Allerdings: Politiker holen sich wohl gern die als Berater, die ihren politischen Vorstellungen nahe sind und das begründen, was sie ohnehin tun wollen.¹⁹

Allenfalls der Hofnarr wagt es, den Mächtigen die Wahrheit in Gesicht zu sagen. Es gibt dann ja auch insbesondere bei uns eine Politikerin, die andere Meinungen „nicht hilfreich“ findet und vor „Diskussionsorgien“ warnt.²⁰

Inzwischen wundern sich Besserwessis, daß [Ostdeutschland, was die Corona-Fallzahlen angeht, ausgezeichnet dasteht](#). Dieses besserwesserische Unverständnis des Ostens ist nicht neu, wenngleich es seinen Charakter geändert hat. Dem ehrenwerten Günter Gaus ist es nicht vorzuwerfen, der „wie ein Reisender des 18. Jahrhunderts [...] mit Federhut, Degen und Spitzenjabot vor den unbekümmerten, sich ihrer Nacktheit nicht schämenden Einwohnern der Neuen Welt“ Ostdeutschland stand.²¹ Der belehrte nicht die Leute, kritisierte das politische System. Die heutigen Leitjournalisten wollen die Bürger belehren und lassen Kritik am System mangeln. Heutzutage muß dann selbst der ostdörfliche Badeseer zum einem „sogenannten Badegewässer“ herabgewürdigt werden.

Das entscheidende Kriterium ist Macht

Man kann bei Politikern nicht voraussetzen, daß sie differenziert und letztlich auch (!) mit wirtschaftlichem Sachverstand entscheiden. „Undifferenzierte, eindeutige Entscheidungen sind leichter zu begreifen als differenzierte und weitsichtige. Und sie sind vor allem leichter zu verkaufen. [Mit eindeutigen, undifferenzierten Positionen ist leichter Propaganda machen und vor allem leichter Angst machen.](#)“

Politiker entscheiden meistens nach dem Kriterium: Was kann mich an der Macht halten?²² Wie vermeide ich, daß man mir einen Vorwurf machen kann? Überschätzt man die Gefährlichkeit des Corona-Virus, produziert man eine self-fulfilling Gegenargument-Zerstörung. Das Argument, daß die strengsten Maßnahmen nicht nötig gewesen wären, da sich ja gezeigt hat, daß die Epidemie nicht die erwarteten extremen Auswirkungen hat, wird sofort zurückgewiesen mit dem Hinweis: Das sei ja nur so, **weil** man solche extremen Maßnahmen ergriffen hat. Das ist das „Präventionsparadoxon“ (Christian Drosten). Das bedeutet, dieses politische Handeln ist ebenso wie dessen wissenschaftliche Begründung nicht falsifizierbar – ein Traum, ein Idealzustand für jeden Politiker, daß man ihm prinzipiell niemals nachweisen kann, etwas falsch gemacht zu haben. Sind sie bedroht, scheinen viele Bürger auch eine gouvornantenhafte Bevormundung durch die Politik zu goutieren, wie Umfragen belegen²³ – vorerst jedenfalls, aber nicht alle und nicht lange.

Man kann nur hoffen, daß diese Art staatlicher Patronage nicht dazu führt, [dass der Mensch verlernt, was ihn im Kern ausmacht: die Fähigkeit, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen](#). Die Regierung und die ihr liebedienerischen Medien meinen wohl, die Bürger sollten sie dafür lieben, daß sie mit Angstpropaganda bevormundet werden. Da drängt sich die Frage auf: [Sollen wir dankbar sein für eine Feuerwehr, die jene Brände \(mit Aufbieten ungeheurer Geldmittel\) zu löschen sucht, die sie zuvor selber gelegt hat?](#) Die Pandemie scheint das Regieren bequem zu machen: „[Mit Corona lässt sich mittlerweile fast alles rechtfertigen, was man immer schon mal ändern wollte.](#)“ Die Seuche erscheint als eine nicht hinterfragbare großartige Letztbegründung. Aber: „[Irgendwann ist das Budget an Gehorsamkeit aufge-](#)

braucht. [...] Wichtig ist nur, dass die Bürger wissen, wozu das gut ist. Geduld hat man, wenn man weiß, warum man sie hat.“

Stimmt es, wenn die [Bundeskanzlerin sagt](#), „Das Virus ist eine demokratische Zumutung“? Oder ist es eine demokratische Zumutung, wenn die Regierung den Diskurs mit den Bürgern verweigert²⁴, mangelnde Vorbereitung – das kann schonmal passieren – und mangelndes Wissen – letzteres kann man niemandem vorwerfen – verschweigt und sich stattdessen besserwisserisch gibt? [Die Regierung scheint sich schnell in einer Welt ohne parlamentarischen Widerspruch eingerichtet zu haben](#): der Stimmen von Union, SPD und Grünen kann sie sich sicher sein.

Frau Merkel teilte auf ihrer Pressekonferenz am 28. August mit, sie habe mit den Unzufriedenen nichts zu besprechen und Andersdenkende werden als [Covidioten](#) ausgegrenzt. Wenn die Regierung mit jenen, die nicht ihrer Meinung sind, nicht reden will und das Volk die Gründe des Regierungshandelns nicht nachvollziehen kann, bleibt wohl letztlich nur noch das „[Lernen von der Straße](#)“. Das [Fazit der Corona-Demonstration am 29. August](#) ist wohl dies: „Täglich wird ihnen [den Bürgern] ihre komplette Unzulänglichkeit von der Politik eingeredet, sie konsumieren falsch, essen falsch, wählen zu oft falsch, führen ihr Hund falsch Gassi, essen zu viel Fleisch, sind zu rassistisch, zu alt, zu weiß, überhaupt zu einheimisch. Sie sprechen sogar komplett falsch und machen keine Gender-Pause und verstehen nicht, warum ein Urlauber ein Urlaubender sein soll und worin die Sünde des Urlaubers besteht. Dieses Unbehagen hat sich auf der Demo manifestiert. Die Welt ist kein Parteiprogramm der Grünen, das von der CDU umgesetzt wird. Die Leute wollen ihr Leben zurück, und die Corona-Gängelei ist nur der Höhepunkt einer ständigen Zumutung, die sich Politik nennt.“ Darum geht es und nicht eigentlich um die Epidemie. Ob die regierenden Politiker die Botschaft verstehen? Was aber geschieht, wenn die nicht bereit oder nicht fähig sind, „von der Straße“ zu lernen? Was bleibt, ist zunächst [Ratlosigkeit](#). [Was, wenn am Ende «die Covidioten» recht haben?](#)

Man mag von den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung halten, was man will: Das Grundgesetz macht keinerlei inhaltliche Einschränkungen für das Recht aller Deutschen, „sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“. Das bedeutet, man kann für den größten Blödsinn demonstrieren, auch z. B. für Verschwörungstheorien, die natürlich Blödsinn sind. Allenfalls wären Demonstrationen mit verfassungswidrigen Anliegen zu verbieten. „Corona-Leugner, Reichsbürger und Rechtsextremisten“ sind nicht als verfassungsfeindlich verboten. Selbst die Weigerung, bei der Demonstration Maske zu tragen, ist kein Verbotgrund, da es bislang keine Vorschrift gibt, im öffentlichen Raum = an der frischen Luft Maske zu tragen.

Im Juli glaubte der Kanzleramtschef Helge Braun, der Öffentlichkeit vorlügen zu müssen: „Wir haben Corona in Deutschland im Griff.“ Richtig ist dagegen: „[Wir haben nichts im Griff, es ist das Coronavirus, das uns im Griff hat.](#)“

Der schwedische Historiker Lars Trägårdh meint, die Pandemie lege „die Tiefenstruktur der sozialen Verhältnisse frei.“ Und die sind in Schweden wohl anders als z.B. in Deutschland, weswegen die schwedische Regierung eben nicht einen die Bevölkerung und Wirtschaft bevormundenden *Lockdown* angeordnet hat²⁵: „Die Bürger vertrauen einander. Sie vertrauen ihren Institutionen. Und, ganz wichtig, die Regierung und die Behörden vertrauen den Bürgern.“ (Zit. nach DER SPIEGEL Nr. 20 / 9.5.2020, S. 85) Könnte es sein, daß die Entscheidungen der deutschen und vieler anderer Regierungen in dieser Pandemiekrise Ausdruck eines tiefen Mißtrauens gegen die Bürger sind?²⁶

Was ist, wenn sich erweist, daß die Regierung „schöpferisch“ den Bürgern mißtrauend im Interesse ihres Selbsterhalts die Zerstörung der Gesellschaft riskiert hat? Die Präsidentin der Salzburger Festspiele, Helga Rabl-Stadler, formulierte ihren Einwand gegen die Lockdown-

Maßnahmen so: „Aber wir können doch nicht aufhören zu leben.“ Und dazu kommentierte ein erfahrener Journalist, den man nicht als Linken klassifizieren kann, in einer eher linksorientierten Zeitung: „Sie steht in ihrer Stadt kurz vor der Seligsprechung. Falls es gut geht. Andernfalls könnte es schon sein, dass sie medial als Hexe verbrannt wird.“

Die Politiker scheinen aus Angst vor dem Corona-Tod die Menschen durch Entzug ihrer Lebensgrundlagen umbringen zu wollen. Ein Hotelbesitzer auf den Kanarischen Inseln: „Wenn wir nicht an Covid sterben, dann sterben wir an Hunger.“

„Ach, stimmten doch alle Opernhäuser auf der Welt ein: Così fan tutte. So machen's alle. So wie auch Fiordiligi und Guglielmo, Dorabella und Ferrando auf der Bühne. Sie alle pfeifen auf die vorgegebenen Maßnahmen der Vernunft. Sie leben und lieben, wie es ihnen passt. Dabei stirbt doch kaum noch jemand ...“²⁷

Zerstörerisch gegen kreative Unternehmer

Differenziertes Denken kann wohl von Politikern nicht erwartet werden, insbesondere nicht von einer Kanzlerin, die ihre Entscheidungen für „alternativlos“ hält. Erst wurde mit Hilfe ausgesuchter Experten erklärt, Schutzmasken seien nicht sinnvoll und eher Virenschleudern. Der wirkliche Grund für diese Erklärung wurde verschwiegen: Es gab einfach nicht genug Masken, um der Bevölkerung deren allgemeine Nutzung zu empfehlen. Bis Mitte März hatte sich die Bundesregierung trotz der vom Händler Achim Theiler am 5. Februar an den Bundesgesundheitsminister geschickten Warnung nicht um die Maskenvorräte gekümmert. Später hat sich Herr Theiler direkt an Frau Merkel gewandt – und auch da keine Antwort erhalten.

Aber die Wirtschaft hat reagiert – auch der erwähnte Händler mit erheblichem eigenem finanziellen Risiko – und viele Unternehmen haben schnell umgestellt, um dringend benötigte Schutzmasken zu produzieren – manche wurden dafür bestraft, weil sie irrtümlicherweise die speziell geschützte Bezeichnung für medizinische Masken auch für die ihren anwandten. Von anderen Unternehmen, die schnell auf die Produktion von unentbehrlichem Desinfektionsalkohol umstellten, verlangte man die Alkoholsteuer. Und das Medizinproduktegesetz verhindert, daß ein kostengünstiges, für leichtere Fälle geeignetes Beatmungsgerät, das von Forschern der Philipps-Universität Marburg und des Universitätsklinikums Gießen/Marburg entwickelt wurde, schnell auf den Markt kommt. Das Spezialfahrzeugbauunternehmen Bischoff+Scheck AG, das ein mobiles Labor zur Bekämpfung des Ebolavirus in Afrika gebaut hatte, das dort erfolgreich im Einsatz ist, entwickelte eine sicheres und innerhalb von 20 Minuten desinfizierbares mobiles Coronatest-Labor. Das komplizierte staatliche Genehmigungsverfahren verhindert bis mindestens September die Herstellung und den Einsatz. Stattdessen wurden vielerorts Testzentren eingerichtet, wo nur Abstriche genommen werden können, während der eigentliche Test in externen Laboren vorgenommen werden muß. Die mobilen Labore, die auch schnell dorthin umgesetzt werden können, wo sie gebraucht werden, realisieren alles in kürzester Zeit. „Aus dem Mittelstand, aus der Wirtschaft kommen gerade in der Krise gute Initiativen und Lösungen. Die Politik lässt davon aber vieles ins Leere laufen. Dafür fehlt mir jedes Verständnis“, sagte der Geschäftsführer Bernd Bischoff.²⁸

In Deutschland wirkte wohl die Politik eher zerstörerisch gegen kreative Unternehmer. Jetzt scheinen genügend einfache Masken für die Bevölkerung auf dem Markt zu sein und die Regierung ordnet – natürlich mit Unterstützung von willfährigen Experten – deren Benutzung an.²⁹

Im Februar/März wäre eine Maskenpflicht durchaus sinnvoll gewesen – im Mai, als die Gefahr exponentieller Ausbreitung der Krankheit und infolgedessen einer Überlastung des Gesundheitssystems allem Anschein nach vorüber war, ist die Maskenpflicht eher eine Demütigung des Volkes. Die naheliegende Annahme, daß Masken die Übertragung des Virus nicht

vollständig verhindern können, wurde inzwischen durch eine [wissenschaftliche Untersuchung](#) bestätigt. Und ein ungenannt sein wollender hoher Beamter des Bundesinnenministeriums erklärte auf Anfrage der WeLT: „[Von einer Übersterblichkeit kann keine Rede sein!](#)“

Sollte man nicht mit „Maß und Mitte“ differenziert dem eigenverantwortlichen Handeln der Bevölkerung und der Kreativität der Unternehmen Raum lassen können? War die totale Schließung von Gaststätten, Geschäften, Hotels, Konzerthallen, Kinos, Sportstätten, Theatern nötig? Traut man der Bevölkerung und den Unternehmern nicht, mit entsprechenden Maßnahmen, die sich natürlich auch behördlich überprüfen lassen, den notwendigen Sicherheitsabstand einzuhalten und so die Geschäftstätigkeit – wenn auch mit notwendig reduzierter Kunden-/Besucherzahl – weiterzuführen? Muß man ganze Länder unter Quarantäne stellen, wenn es darum geht, besondere Risikogruppen vor Ansteckung zu schützen?

Die Politik wirkte mit ihren Anordnungen, alle Geschäfte bis auf wenige Ausnahmen zu schließen und sämtliche Veranstaltungen zu verbieten, zerstörerisch und überhaupt nicht schöpferisch.

Der schöpferische Unternehmer erfindet Neues, wenn es nötig ist

In Schumpeters gesamten theoretischen Schaffen steht der schöpferische Unternehmer im Mittelpunkt. Der paßt sich dem Markt an, strukturiert um, wenn sich die Bedingungen ändern, erfindet Neues und setzt es durch. Das ist nicht zerstörerisch, sondern *normal* und kreativ! Schumpeter wies aber auch auf *abnormale* wirtschaftliche Anpassungen hin. Die seien – so Schumpeter – im Entwicklungsprozeß „funktionslos“. Diese zerstörerischen Anpassungen werden durch politische Fehlentscheidungen und soziale, nationale wie internationale Auseinandersetzungen verursacht. Das können wir aktuell bei der Coronakrise studieren: Man ist gut beraten, von der Politik nichts Gutes zu erwarten!

Unserer GroKo fällt zum wirtschaftlichen Stillstand, den sie zu verantworten hat, nur ein, Geld unter die Leute zu schütten. Und Leuten, die ohnehin von Steuergeldern leben, scheint es zu gefallen, daß die Regierung Geschenke verteilt. Wer eigenverantwortlich seinen Lebensunterhalt erarbeitet, will aber keine Almosen. Die Gefahr, daß eine Geldschwemme bei reduzierter Produktions- und Wirtschaftsleistung zu Inflation, Staatsbankrott, Währungsabsturz und Geldreform führen kann, scheint unsere Politiker nicht zu interessieren. Und die Sozialdemokraten und Linken frohlocken schon: [Verstaatlichungen und Steuererhöhungen](#). „Enteignung ist die halbe Miete“, postet ein gewisser Felix S. Schulz, der Kampagnen für die Partei macht, die früher SED hieß, bei Twitter. Bundesfinanzminister Scholz freut sich: Der sogenannte europäischen Wiederaufbaufonds, mit dem die EU besonders durch die Epidemie geschädigte Länder helfen will, sei ein Fortschritt, weil damit die EU-Schuldenunion „nicht mehr aufzuhalten“ sei.³⁰ Und Grüne verlauten, man solle nur dem „ökologischen Umbau“ beim Weg aus der Krise helfen. Das muß man zerstörerisch und nicht kreativ nennen! [If it looks like socialism, speaks like socialism, and quacks like socialism, then it probably is socialism.](#)

Kreativ ist da eher Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), der einen Wunschzettel mit 16 Punkten zusammenstellen ließ, um Rechtsvorschriften auf die veränderte Situation anzupassen und bereits in Planung befindlichen bürokratischen Vorhaben zu überprüfen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) hat ein [Wachstumsstärkungspaket](#) vorgelegt.

Schumpeters „socialism book“, wie er es selbst privatissimo bezeichnete, ist grundlegend mißverstanden worden. Der Unternehmer ist schöpferisch – der Staat zerstörerisch, wenn er dem Unternehmertum keinen Raum läßt.

Im Juni ist die die 10., korrigierte, erheblich erweiterte und mit einem neuen Vorwort versehene deutschsprachige Auflage von Schumpeters **Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie** erschienen³¹ und so werden hoffentlich einige Fehlinterpretationen zu Schumpeter ausgeräumt.

Dieser Text wurde zunächst für die wirtschaftspolitische Zeitschrift *Recherche D* geschrieben (Ausgabe 10 | August 2020, S. 40-43; Vorabveröffentlichung [hier](#)) und für den Blog von Vera Lengsfeld erheblich um neue Erkenntnisse ergänzt (mit Illustrationen als [Pdf hier](#)).

Endnoten

¹ Das [Video der WHO-Pressekonferenz](#) ist z.B. bei der WeLT verlinkt. Bemerkenswert sind auch die Kommentare dazu, deren Tenor vielleicht mit dem Kommentar einer „Linda S.“ erfaßt ist: „Globaler Gesundheitsnotstand“ - verstehe ich nicht, ist doch alles so harmlos, harmloser als eine Grippe, hier in Deutschland verteilt Spahn Handzettel, hat alles im Griff und ist SUUPPER vorbereitet.“

² Niedersachsens Ministerpräsident Weil hat inzwischen eingeräumt, daß die Entscheidungen weniger an der Sache, sondern mehr an der erwarteten Reaktion der Bürger auf die Entscheidungen der Politiker ausgerichtet waren. Damit hat er gleichzeitig den Bürgern die Verantwortung zugeschoben: „Auch die Maskenpflicht hätte - aus heutiger Perspektive - früher kommen sollen. Allerdings bin ich nicht sicher, ob wir Anfang März bereits ein so großes Problembewusstsein in der Gesellschaft hatten, dass diese Maßnahmen auf breite Zustimmung gestoßen wären.“ (Zit. nach [sueddeutsche.de/dpa vom 17.07.2020](#))

³ [Auswertungsbericht des Bundesministerium des Innern, Referat KM4](#), S. 66.

⁴ Für die Schweiz hat der Epidemiologie der Universität Bern, Christian Althaus, berechnet, wie sich der Zeitpunkt des *Lockdowns*, d.h. seine frühere oder verspätete Anordnung, auf die Opferzahlen ausgewirkt hätte. Danach wären nur rund 400 Menschen an Covid-19 gestorben, wenn sich der Schweizer Bundesrat bereits eine Woche früher für den *Lockdown* entschieden hätte. Die Anordnung eine Woche später als geschehen hätte statt der tatsächlichen 2.000 rund 8.000 Menschen in der Schweiz das Leben gekostet. Das muß man konsequent zude denken: Wenn die Grenzen rechtzeitig geschlossen worden wären, konsequent die Einreisenden getestet und jene aus Risikogebieten in Quarantäne genommen worden wären, gäbe es in vielen Ländern keine Corona-Toten. Die Pläne für Grenzschließung und Lager sind in Deutschland 2015 ausgearbeitet worden, aber hier gilt Frau Merkels Dogma, daß man die deutschen Grenzen nicht schützen könne. Die Corona-Toten im Land sind ihr zuzurechnen, ebenso wie die Verbrechen von „Mann“, bei denen die Mainstreammedien – wenn sie überhaupt darüber berichten – möglichst die Herkunft der Täter verschweigen, letztlich auf ihr Konto gehen.

⁵ Später hat der SPIEGEL dargelegt, wie es dazu kam: Der Regierungsexperte Christian Drosten, der noch am 11. März erklärt hatte, daß Schulschließungen nicht sinnvoll seien, hatte von einem US-Kollegen einen Artikel zugeschickt bekommen aus dem *Journal of the American Medical Association*, der 2007 veröffentlicht worden war und auch im Internet steht, in dem Daten zur Spanischen Grippe von 1918 in 43 amerikanischen Städten ausgewertet waren (Vgl. auch M. C. J. Bootsma, N. M. Ferguson: The effect of public health measures on the 1918 influenza pandemic in US cities. In: *Proceeding of the National Academy of Sciences* vom 1. Mai 2007, 104 (18), S. 7588–7593). Drosten las diesen Artikel am Abend des 11. März und erklärte 23 Stunden später in seinem online-Postcast: „Es nützt extrem viel, zwei oder mehr Maßnahmen zu kombinieren. Veranstaltungsstopp und Schulschließungen in Kombination sind extrem effizient“ (Zit. nach Anette Großbondardt, Julia Amalia Heyer, Lydia Rosenfelder: Verhängnisvolle Dynamik. In DER SPIEGEL Nr. 26 / 20.06.2020, S. 17; auch im Internet: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-schulschliessung-rekonstruiert-der-drosten-effekt-und-seine-folgen-a-00000000-0002-0001-0000-000171667043>). In NDR-Interviews, forderte Drosten am 11. März nur allgemein durchgreifendes politisches Handeln, am nächsten Tag dann die Schließung aller Schulen: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/coronaskript122.pdf>; <https://www.ndr.de/nachrichten/info/coronaskript124.pdf>.

Am 12. März nahm Drosten an der Beratung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten und einigen Ministern teil. Der SPIEGEL schrieb unter Berufung auf den Thüringischen Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, „die Ministerpräsidenten hätten die Schilderung der Wissenschaftler regelrecht aufgesaugt [...] Plötzlich mussten sich nicht mehr diejenigen rechtfertigen, die schließen wollten, sondern die, die dagegen waren“ (DER SPIEGEL l.c. S. 18. Am 24. Juni teilte Frau Rosenfelder über Twitter mit, DER SPIEGEL habe mit fünf Personen gesprochen, die an dieser Beratung teilgenommen hatten.). Die Kulturminister der Bundesländer, die zur gleichen Zeit tagten, waren irritiert, deren Konferenz wurde unterbrochen, als live im Fernsehen eine Pressekonferenz mit Frau Merkel übertragen wurde, in der der *Lockdown* angekündigt wurde. Offensichtlich handelten die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten in Panik aufgrund der Bilder aus Italien und von Erfahrungen aus dem Jahre 1918, bei denen nicht hinreichend überprüft worden war, ob sie auch rund 100 Jahre später angemessen

sind. Auch die gegen Kontaktpersonen von Infizierten pauschal und ohne Virentest verhängte 14tägige Quarantäne ist eine heutzutage sinnlose Maßnahme. Bei unseren Altvorderen war sie sinnvoll, weil die die Infektionsursachen noch nicht feststellen konnten, denn Viren waren Anfang des 20. Jahrhunderts zwar bekannt, der die Spanische Grippe verursachende Virus konnte aber erst 1933 nachgewiesen werden. Die 2020 angeordneten Maßnahmen, um die Verbreitung des Virus einzudämmen, entsprachen weitgehend denen, die 1918/19 empfohlen worden waren (Vgl. Pete Davies: *Catching Cold – The Hunt for a Killer Virus*. London 1999; Laura Spinney: *1918 – Die Welt im Fieber. Wie die Spanische Grippe die Gesellschaft veränderte*. München 2018; Manfred Vasold: *Die Spanische Grippe. Die Seuche und der Erste Weltkrieg*. Darmstadt 2009; Wilfried Witte: *Tollkirchen und Quarantäne. Die Geschichte der Spanischen Grippe*. Berlin 2009). Noch im Juni werden Kontaktpersonen in Quarantäne gezwungen, obwohl mit dem entsprechenden Test festgestellt wurde, daß sie nicht infiziert sind und folglich niemanden anstecken können. Der Verfassungsrechtler Stephan Rixen wies darauf hin, daß das „Infektionsschutzgesetz [...] immer noch auf den Realitätsvorstellungen eines alten bundesdeutschen Gesetzes von Beginn der 1960er Jahre [fußt]. Das wiederum hat Vorläufer bis hinein ins 19. Jahrhundert. Die Instrumente zur Pandemie-Bewältigung sind dort sehr allgemein gehalten, viele Eingriffsbefugnisse bleiben unklar. [...] Die Grundlage für die Corona-Beschränkungen sind vor allem die Vorschriften im Paragraphen 28. Dort steht unter anderem, dass Personen von der zuständigen Behörde verpflichtet werden können, ‚von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten‘. Das kann mehr oder weniger alles sein. Das ganze soziale Leben kann über eine allgemein gehaltene Vorschrift auf null gebracht werden. Das war für eine Übergangszeit in der akuten Lage auch völlig in Ordnung. Jetzt muss man aber überlegen, ob wir nicht viel speziellere Eingriffsbefugnisse brauchen, die auch für die Bürgerinnen und Bürger Klarheit schaffen. Besonders wichtig ist, dass dabei der Bundestag seiner Verantwortung gerecht wird. Er sollte sich mit mehr Selbstbewusstsein dafür einsetzen, dass das Infektionsschutzgesetz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger klarer gefasst wird.“ (Stephan Rixen (Interview): [„Der Staat muss schnell und drastisch reagieren? Gilt nicht mehr.“](#).) Die Hoffnung darauf, der Bundestag würde da kritisch eingreifen, muß man wohl fahren lassen. „Haben Sie in der letzten Zeit etwas vom Parlament gehört?“, fragte [Boris Blaha](#) und meint, die Coronamaßnahmen seien wohl der letzte Schritt der „Verabschiedung des Parlaments“ und man müsse die liberale Illusion aufgeben, daß das Parlament die Vertretung des Volkes ist und die Machtgelüste der Exekutive begrenzt.

⁶ Wolfram Klingler: [Alle reden nur noch von Infektionszahlen – dabei galt es bei der Pandemie-Bewältigung ursprünglich, die Spitäler nicht zu überlasten](#).

⁷ Um Mißverständnisse zu vermeiden sei hier klargestellt: Es sollte keinen Zweifel daran geben, daß Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus und zum Schutz besonders gefährdeter Risikogruppen notwendig waren und weiter notwendig sind. Anscheinend sind aber die von den staatlichen Stellen verfügbaren Maßnahmen zur Eindämmung des Sars-CoV-2-Virus unverhältnismäßig, gestützt auf eine Überschussreaktion einiger Virologen. Die speziell erforderlichen Schutzmaßnahmen etwa für ältere Menschen mit Vorerkrankungen, wie Diabetes, Übergewicht oder Herz-Kreislauf-Problemen, und solche in besonderen Lebens- und Arbeitssituationen wie in Alten- und Pflegeheimen, in anderen Gemeinschaften und engen Arbeitskontakten, können und sollen von mir nicht reflektiert werden. Dazu gibt es inzwischen entsprechende Fachliteratur. Für das medizinische Laienverständnis – wie das meine – sei dazu zunächst auf die Broschüre der Biochemikerin Prof. Karina Reiss und des Facharztes Prof. em. Sucharit Bhakdi verwiesen: *Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe*. Berlin/Wien 2020.

⁸ Diese Passage, wo von den „ab dem 16. März“ bereits eingeleiteten (!) Maßnahmen die Rede ist, belegt, daß dieses Papier erst danach fertiggestellt wurde.

⁹ Geheimes Strategiepapier: *Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen*, S. 11. Der Abschnitt „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen“ umfaßt $5\frac{1}{4}$ von insgesamt 17 Seiten (Ebd. S. 8-13).

¹⁰ „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ war ebenfalls eine absurde Losung, gegen die ich mich wandte. Aber gerade die jetzige Bundeskanzlerin hat immer wieder Angst als Instrument eingesetzt.“ (Stefan Homburg (Interview): [„Das Ganze ist ein reiner Hype.“](#))

¹¹ Dennis Graf, Martin Hennig: [Die Verengung der Welt. Zur medialen Konstruktion Deutschlands unter Covid-19 anhand der Formate ARD Extra - Die Coronalage und ZDF Spezial](#). August 2020, S. 16, 17. Siehe auch Paulina Fröhlich, Johannes Hillje: [Repräsentation und Pluralismus in öffentlich-rechtlichen Polit-Talkshows](#); Tanjew Schultz: *Die Corona-Krise als Medienereignis*. In: Stefan Isken (Hg.): *Corona in Deutschland. Die Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik*. Stuttgart 2020.

¹² Graf/Hennig, S. 17.

¹³ Stefan Homburg (Interview): [„Widerstand, der aus Furcht vor Repressionen schweigt“](#).

¹⁴ René Schlott: [Verschobene Grenzen](#).

¹⁵ Jeffrey Tucker: [Die mangelnde Empathie der politischen Klasse](#); zuerst unter dem Titel *The Bloodless Political Class and Its Lack of Empathy*.

¹⁶ Zit. Sascha Zoske: [Viele Menschen in der Krise psychisch gestört](#).

¹⁷ Rückblickend auf andere schwerwiegende Krisensituationen – Berlin-Blockade 1948/49, Mauerbau 1961, Landshut-Entführung 1977 – ist festzustellen: Auch hier haben die Politiker entschieden, aber unter Hinzuziehung unterschiedlicher Experten und umfassender Abwägung möglicher Risiken, obwohl in diesen Krisen der Druck, innerhalb kürzester Zeit Entscheidungen zu treffen, erheblich größer war als in der Coronakrise. Die Westalliierten, John F. Kennedy, Helmut Schmidt haben sich nicht für den kurzfristigen Beifall des Publikums entschieden und schwerwiegende Folgen – in ersteren beiden Fällen ein möglicher dritter Weltkrieg, in letzterem Fall eine anhaltende Erpreßbarkeit des Landes – ausgeschlossen. Dagegen wurden „bei dem Bemühen des Krisenmanagements um eine Bewältigung der Virus-Infektion [...] Maßnahmen getroffen, die im Verlaufe der Krise zu einer eigenständigen Gefahr geworden sind.“ (Auswertungsbericht – wie oben Fußnote 3, S. 65)

¹⁸ Zur materiellen Grundlage unterschiedlicher kulturell geprägter Verhaltensweisen siehe auch meinen Aufsatz [Die Vielfalt der Wirtschaftskulturen und die nationale Identität](#) (zuerst gekürzt in der wirtschaftspolitischen Zeitschrift *Recherche D*, Ausgabe 4 | Februar 2019, S. 22-23).

¹⁹ Anscheinend hat die Coronakrise dieses Problem auf die Tagesordnung des Wissenschaftsbetriebs gesetzt: Wie kann und darf die Rolle als Politikberater angenommen und gestaltet werden? Welche inhaltlichen Abstriche sind bei der Kommunikation nach außen in Kauf zu nehmen? Wie ist mit der Verantwortung umzugehen, die den Wissenschaftlern so unverhofft zuteilgeworden ist? Diese Fragen waren Gegenstand der diesjährigen Lindauer Tagung der Nobelpreisträger, die – coronabedingt – als „Online Science Days“ stattfand (Programm und Debatte im Internet: <http://science-days.org/programme/>).

²⁰ Was sagt uns das Untersuchungsergebnis einer Studie, nach der Autokratien strengere *Lockdowns* eingeführt haben, in Bezug auf Deutschland?: Carl Benedikt Frey†, Chinchih Chen, Giorgio Presidente: Democracy, Culture, and Contagion: Political Regimes and Countries Responsiveness to Covid-19. Oxford May 13, 2020. Pdf: https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/Democracy-Culture-and-Contagion_May13.pdf.

²¹ Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Berlin 2009, S. 82.

²² Viele Politiker haben sich in ihren Reaktionen auf das Virus von Sorgen um die Wiederwahl leiten lassen, fand eine Studie des National Bureau of Economic Research heraus. Massimo Pulejo, Pablo Querubín: ELECTORAL CONCERNS REDUCE RESTRICTIVE MEASURES DURING THE COVID-19 PANDEMIC. Cambridge/MA Juli 2020. Pdf: <https://www.nber.org/papers/w27498.pdf>.

²³ Es kam Corona „und über Nacht lief alles anders. Die Kanzlerin, die ihre Partei an den Abgrund gewirtschaftet hatte, wurde binnen kurzem reanimiert. Angst breitete sich aus im Land, von Merkel und Gesundheitsminister Spahn perfekt gemanagt. Virologische Experten, die zunächst einhellig den Gebrauch von Masken ablehnten, um ihn kurz darauf vehement zu fordern, fluteten das Fernsehen und schütten das Publikum seither zu mit Zahlen, die allesamt falsch sind, weil die Bezugsgrößen fehlen. [...] Vor dem Hintergrund von Corona ist die Forderung nach einem grundsätzlichen Nachhaltigkeitsvorbehalt in der Verfassung nicht mehr weit. Am Ausgang wartet der grüne Zertifizierer, den alle Gesetze passieren müssen – das wäre das Ende der klassischen Demokratie.“ (Hans-Hermann Tiedje: [Nach 15 Jahren Merkel ist die CDU ohne Kompass](#))

²⁴ Interessanterweise wurde bei einem angenommenen Pandemiefall lediglich in einer Fußnote durch die Bundesregierung im Jahre 2013 auf eine angemessene Kommunikation mit den Bürgern hingewiesen. Praktisch hat die Regierung im Jahre 2020 diesen Hinweis größtenteils mißachtet: „Für die Akzeptanz der kommunizierten Botschaften ist essentiell, dass die Behörden „auf Augenhöhe“ mit der Bevölkerung kommunizieren. Der Bürger sollte als Partner, nicht als „Befehlsempfänger“ verstanden werden. Notwendig ist auch eine zielgruppendifferenzierte Kommunikation; verschiedene demographische Gruppen müssen unterschiedlich angesprochen werden (auch: mehrsprachiges Informationsmaterial).“ (Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012. Deutscher Bundestag Drucksache 17/12051 vom 03. 01. 2013. Anhang 4 Pandemie durch Virus „Modi-SARS“, Fußnote 10, S. 68. Pdf: <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf>)

²⁵ Ob Schweden damit letztlich wirtschaftlich und gesundheitlich geringere Corona-Verluste hat, ist noch umstritten und erst langfristig feststellbar. Siehe z.B. Petra Apfel: [Schwedens Corona-Solo: Während alle Angst vor 2. Welle haben, sinken dort die Zahlen](#); Benjamin Born, Alexander Dietrich, Gernot Müller: [THE LOCKDOWN EFFECT: A COUNTERFACTUAL FOR SWEDEN](#); Rudolf Hermann: [Hat es Schweden am Ende doch besser gemacht?](#); Thomas Eldersch: [Corona: Schwedischer Weg der bessere? Drei Gründe, warum das Land die Pandemie besser im Griff hat](#); Stefan Löfven (Interview): [„Schwedens Corona-Strategie war richtig“](#); Andreas Moring: [Erst verteufelt, jetzt die Lösung: Der schwedische Weg soll uns vor Lockdown bewahren](#); Bernd Muckenschnabel: [Bericht aus Stockholm: Schweden im Corona-Focus](#); Georg Nopper: [Corona-Zahlen in Schweden im Sinkflug!](#); Rainer Radtke: [Fallzahl des Coronavirus \(COVID-19\) in Schweden in 2020](#); ntv: [Schweden feiert Etappensieg über das Virus](#); Hansueli Schöchli: [Die schwedische Lockerheit trägt laut Studie nicht die Hauptschuld an den vielen Corona-Todesfällen](#).

²⁶ Eine andere Studie des National Bureau of Economic Research fand heraus, daß die Menschen dort mehr freiwillig auf Hygienemaßnahmen achten, wo der soziale Zusammenhalt größer ist: John M. Barrios, Efraim Benmelech, Yael V. Hochberg, Paola Sapienza, Luigi Zingales: CIVIC CAPITAL AND SOCIAL DISTANCING DURING THE COVID-19 PANDEMIC. Cambridge/MA June 2020. Pdf: <https://www.nber.org/papers/w27320.pdf>.

²⁷ Wolfgang Herles: [Triumph des Trotzes](#).

²⁸ Zit. nach Hubertus Struck: Mittelständler trotz der Krise. In: mittelstandsmagazin 04/2020, S. 18.

²⁹ Ende März hatte das Bundesgesundheitsministerium offensichtlich in Panik handelnd ein Open-House-Einkaufsverfahren gestartet und jedem Lieferanten, der eine Lieferung von mindestens 25.000 Stück garantiert, definitiv ein Abnahme zum Preis von 4,50 € pro FFP2-Maske und 60 Cent für eine OP-Maske zugesagt. Daraufhin wurden enorme Mengen an Masken geliefert und die Regierung mußte, um das zu bewältigen, die Unternehmensberatung Ernst & Young (EY) für 9,5 Millionen € mit der Logistik und Abrechnung beauftragen. In den Lieferverträgen war festgelegt, daß die Regierung die Ware zunächst unabhängig von ihrer Qualität innerhalb einer Woche bezahlt. Dieser Verpflichtung ist die Regierung nicht nachgekommen, so daß mehr als 100 Lieferanten ausstehende Zahlungen von etwa 400 Millionen € zuzüglich Verzugszinsen einlagen wollen.

³⁰ Zit. nach [Gemeinsame Schuldenaufnahme in EU wird bleiben](#).

³¹ Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 10., vervollständigte Auflage mit einer Einführung von Heinz D. Kurz, übersetzt von Susanne Preiswerk (Teil I-IV) und Theresa Hager, Philipp Kohlgruber und Patrick Mellacher (Teil V). Narr Francke Attempo. Tübingen 2020. Siehe auch meine Rezension in der wirtschaftspolitischen Zeitschrift *Recherche D* (Ausgabe 10 | August 2020, S. 34-38; Vorabveröffentlichung [hier](#) und [hier](#) sowie demnächst mit weiterführenden Hinweisen versehen als Pdf [hier](#)).